

**Begrüßung des Landtagspräsidenten Martin Kayenburg anlässlich
des Festaktes „60 Jahre gewählter Landtag“ am Mittwoch, 9. Mai,
um 12 Uhr, im Landtag**

Sehr geehrter Herr Bundestagspräsident Dr. Lammert,
sehr geehrter Herr Ministerpräsident Carstensen,
sehr geehrter Herr Professor Ruck,
meine Damen und Herren Abgeordneten,
meine sehr geehrten Damen und Herren der Landesregierung,
sehr geehrte Ehrengäste,
seien Sie alle sehr herzlich begrüßt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
im Gegensatz zu manchen Ländern der alten Bundesrepublik, in denen
in diesen Monaten auch an deren Gründung erinnert wird, ist das Land
Schleswig-Holstein in seiner politisch-geografischen Beschaffenheit kein
ganz neu geformtes Nachkriegsgebilde.

Schleswig-Holstein ist vielmehr das einzige über Jahrhunderte historisch
gewachsene Bindestrich-Land innerhalb unserer föderalen Bundes-
Struktur. Ein Land, in dem die zwei Landesteile Schleswig und Holstein -
gemäß ihrem historischen Leitsatz „up ewig ungedeeft“ - ihre unver-
brüchliche Einheit stets aufs Neue bekräftigt haben.

Wir blicken heute aber zurück auf ein ganz besonderes Datum in der
langen und ereignisreichen Geschichte Schleswig-Holsteins. Gestern vor
60 Jahren trat der erste, nach dem Kriege in freien Wahlen bestimmte
Landtag in Kiel zusammen.

Sechs Jahrzehnte Schleswig-Holsteinischer Landtag

- bedeuten 60 Jahre Entwicklung einer parlamentarischen Politik-Kultur;
- dokumentieren 60 Jahre harter politischer Sacharbeit mehrerer Generationen von Landes-Politikern

und

- beschreiben 60 Jahre erfolgreiche Demokratie-Geschichte in unserem Lande.

Die erste Zusammenkunft des frei gewählten Landtages am 8. Mai 1947 markiert den Auftakt für die parlamentarische Demokratie im Land Schleswig-Holstein.

Wir freuen uns daher ganz besonders, dass Sie, sehr verehrter Herr Bundestagspräsident, heute nach Schleswig-Holstein gekommen sind, um mit uns zusammen diesen Jahrestag zu würdigen. Herr Dr. Lammert, seien Sie uns sehr herzlich willkommen.

Ich begrüße ebenfalls Herrn Professor Michael Ruck von der Universität Flensburg sehr herzlich, einen ausgewiesenen Kenner der Politikgeschichte unseres Landes.

Mein weiterer Gruß gilt dem Sophienquartett des Philharmonischen Orchesters der Landeshauptstadt Kiel, das heute in einer besonderen Tra-

dition steht. Schon 1947 begleitete das Städtische Orchester Kiel – gewissermaßen waren es Ihre musikalischen Vorgänger – die Eröffnungssitzung des ersten gewählten Landtages.

Ihnen und uns allen darf ich die herzlichsten Grüße und Glückwünsche unseres Bundespräsidenten, Dr. Horst Köhler, zum heutigen Jubiläumstag überbringen.

Meine Damen und Herren,

als die Abgeordneten am 8. Mai 1947 nach einem intensiven Wahlkampf erstmals zusammentraten, saßen während der feierlichen Eröffnung neben den gewählten Parlamentariern und der Landesregierung immer noch die Vertreter der britischen Kontrollmacht. Dem britischen Zivilgouverneur Hugh de Crespigny gehörte damals im Landtag auch das erste Wort.

De Crespigny gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass die Regierung und die Landtagsabgeordneten – ich zitiere - „bei der Bevölkerung den Willen wecken und lebendig halten, nie wieder in politische Apathie oder Gleichgültigkeit zu verfallen und sich nie wieder dazu verleiten zu lassen, die Macht aus der Hand zu geben.“ Die Bevölkerung müsse die jeweilige Regierung entweder vor dem Landtag oder an den Wahlurnen zur Abgabe eines Rechenschaftsberichtes über ihre Handlungen heranziehen.

Die damit verknüpfte Verpflichtung der vom Volk gewählten Abgeordneten, ihrem Souverän zu dienen, machte auch Karl Ratz, der erste Landtagspräsident des ersten gewählten Landtages, in seinen Worten an die Abgeordneten deutlich:

„Wir haben das Mandat erhalten durch das Vertrauen der Bevölkerung, und dieses Vertrauen zu rechtfertigen, muss Leitmotiv unserer Arbeit sein.“

Ich meine, dieses Zitat meines Amtsvorgängers besitzt zeitlose Gültigkeit.

Vielleicht ist die Bindungswirkung dieser Worte für uns sogar noch verpflichtender in einer Zeit, in der die distanzierte Haltung vieler Mitbürgerinnen und Mitbürger eine gewisse Partei- und Politikverdrossenheit zum Ausdruck bringt.

Viele Menschen entfernen sich von dem Geschehen in der Politik, weil ihnen die Vielschichtigkeit politischer Entscheidungsprozesse und die auf den ersten Blick häufig nicht sofort einleuchtenden Wege zum politischen Beschluss oftmals unverständlich, langwierig und nicht ziel- oder ergebnisorientiert erscheinen.

Dafür gibt es Gründe: Die Landtage haben in den vergangenen 60 Jahren zahlreiche Einschränkungen und Veränderungen erfahren. Diese waren zu einem großen Teil verbunden mit Einschnitten in die Kompetenzen der Länderparlamente. Die im Sommer 2006 beschlossene Föderalismus-Reform ist ein erster Schritt, diese Entwicklung in Teilen rückgängig zu machen und Aufgaben an die Länderparlamente zurück zu geben.

Die im Herbst vergangenen Jahres eingeleitete Föderalismusreform II zur Überarbeitung der Finanzverfassung für Bund und Länder wird und

muss diesen Prozess ergänzen und verstärken. Die Länderparlamente müssen in ihrer politischen Arbeit wieder mehr selbst gestalten können. Ziel kann nur sein, von einem Beteiligungsföderalismus zu einem mitgestaltenden Föderalismus zu gelangen, mit mehr Wettbewerb der Länder untereinander.

Die neu übertragenen Kompetenzen und die Übernahme künftiger Aufgaben enthalten aber zugleich eine Mahnung an die Politik: Wir Politiker müssen die uns zuwachsenden Aufgaben verantwortungsbewusst und nachvollziehbar wahrnehmen. Und Politik muss die Verfahrensweise ihres Handelns und ihre erbrachten Leistungen den Bürgerinnen und Bürgern noch viel einsichtiger und transparenter machen, als dies bisher der Fall gewesen ist.

Insgesamt betrachtet ist aber die politische Geschichte Schleswig-Holsteins nach 1945 jedenfalls eine Erfolgsgeschichte. Sie dokumentiert den emanzipatorischen Weg eines Bundeslandes, das strukturschwach und in randständiger Lage der Republik besonders schwer an den Folgekosten der NS-Zeit zu tragen hatte.

Mehr als eine Millionen Flüchtlinge suchten und fanden in Schleswig-Holstein eine neue Heimat. *Das hieß für die Politik ganz konkret: Wohnraum und Arbeitsplätze schaffen, die Infrastruktur ausbauen, die soziale und medizinische Versorgung sowie die Lebensmittelversorgung sicherstellen, den Bildungssektor erweitern und im Angebot vertiefen.* - Dies waren große Herausforderungen für Parlament und Landesregierung, aber auch für die Bevölkerung.

Schleswig-Holstein galt lange Jahre als Armenhaus der alten Bundesrepublik. Und dennoch: Trotz mancher Rückschläge, einzelner politischer Krisen und gesellschaftlicher Umbrüche ging es langsam zwar, aber stetig aufwärts.

In der Entwicklung der Landespolitik spiegelt sich der politische Wandel in der Bundesrepublik und in der deutschen Nachkriegs-Gesellschaft wider. Veränderungen, die auch im Landtag ihren Niederschlag fanden.

Ich will nur zwei Beispiele nennen:

Im Jahre 1947 saßen sechs Frauen in den Reihen der Abgeordneten. Und manch ein Politiker sprach ganz selbstverständlich allein vom – ich zitiere - „großen Mut verantwortungsbewusster Männer und Parteien“, die eine Demokratie in Deutschland aufbauen wollten. Von Frauen war da nicht die Rede. Heute sind Frauen weitaus zahlreicher in Parlament und Regierung vertreten. Das ist richtig und wichtig, denn sie prägen die politischen Themen entscheidend und – ich sage das bewusst als Mann - aus einer sensiblen Sicht auf politische Zusammenhänge, die sich Männern manchmal nicht selbstverständlich erschließt – jedenfalls nicht allen.

Im Laufe der Jahre, besonders seit den 90-zigern, kam es zu einer Annäherung der im Landtag vertretenen demokratischen Fraktionen einschließlich der Abgeordneten des SSW. Es vollzog sich ein Aufbruch aus dem konfrontativen und politisch scheinbar festgefügtten Lagerschema hin zum streitbaren Miteinander. Dieser Weg aller Demokraten - ungeachtet ihrer politischen Couleur - hat viel zum gegenseitigen Respekt

und Verständnis unter den politischen Kontrahenten im Landeshaus beigetragen, - und ich wünsche uns, dass dies auch so bleibt.

Sicherlich sind Politiker in bestimmten Fragen unterschiedlicher Auffassung – aber wir streiten für dieselbe Sache: für das Wohl unserer Bürgerinnen und Bürger und des Landes Schleswig-Holstein.

Damals, bei den Landtagswahlen am 20. April 1947 im kriegszerstörten Schleswig-Holstein gingen fast 70 Prozent der Menschen an die Wahlurnen. Die Menschen gingen im sprichwörtlichen Sinne zur Wahl. Bahnen und Busse fuhren wenige, eine moderne Wahl-Logistik existierte ohnehin nicht. Zu recht freuten sich die damaligen politischen Verantwortlichen, dass es trotz schwieriger Zustände eine doch hohe Wahlbeteiligung gab. Es war ein gelungener Aufbruch in die parlamentarische Demokratie.

Seinerzeit tagte der Landtag in der Aula der Pädagogischen Hochschule, ehe 1950 der Umzug in die ehemalige Marineakademie, in unser Landeshaus erfolgte. Heute wird über die Geschicke Schleswig-Holsteins in diesem schönen, Licht durchfluteten Plenarsaal entschieden. Ein Raum, der Transparenz und Offenheit symbolisiert. Denn heute muss es uns um die verstärkte Wieder-Anbindung der Menschen an die politische Selbstbestimmung gehen.

Diese Selbstbestimmung müssen wir wieder mehr aktivieren, indem wir durch kluge und weitsichtige Politik überzeugen. Die freie politische Selbstbestimmung nämlich ist das höchste Gut in unserer demokratischen Gesellschaft, - und die gilt es zu sichern und zu stärken.

Die Bürgerinnen und Bürger und ihre gewählten Volksvertreter können nur gemeinsam für unser lebendiges und demokratisches Gemeinwesen eintreten.

Dies muss uns bewusst und immer der Leitfaden unseres Handelns sein und deswegen feiern wir heute 60 Jahre parlamentarische Demokratie in Schleswig-Holstein.